

CDU gründet Demokratie-Forum

Anlässe gibt es in Berlin genug. Rechte Schläger, NPD-Parteitag in der „Reichshauptstadt“, PDS Stasi-Verharmlosung oder aktuell Stalin-Huldigungen in Friedrichsfelde. Der CDU Landesvorstand hat nun ein „Forum Demokratie, Geschichte und Extremismus“ gegründet.

„Unsere freiheitliche Demokratie ist nicht Gott gegeben, sondern eine Daueraufgabe, die stets aufs Neue erklärt und erkämpft werden muss“, sagt der CDU Generalsekretär Frank Henkel. Der Landesvorstand der Berliner

Christdemokraten hatte das Forum unter der Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Prof. Manfred Wilke eingesetzt, um außerhalb der tagespolitischen Ereignisse grundlegende Positionierungen zur aktuellen Demokratie- und Extremismusdebatte zu formulieren. Dem Forum gehören außerdem der Generalsekretär Frank Henkel, die stellvertretende Landesvorsitzende Astrid Jantz, der Bezirksstadtrat aus Treptow-Köpenick Svend Simdorn sowie Bundestagsabgeordnete Kai Wegner und der Europaabgeordnete Roland Gewalt

an. Prof. Manfred Wilke benennt drei Gründe für die Einrichtung dieses Forums: „Der Einzug der NPD und Republikaner in einigen Bezirksparlamenten von Berlin ist ein alarmierendes Ergebnis, dem die CDU nicht tatenlos zusehen kann. Aufschrecken lässt uns aber auch der Versuch aus Teilen der PDS die deutsche Nachkriegsgeschichte umzudeuten. Nach dem Auftritt von Stasi-Offizieren im Frühjahr in Hohenschönhausen, hat jetzt die frisch ernannte Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus diese Linie fortgesetzt. Insgesamt als Bedrohung un-

serer Demokratie müssen wir aber auch den Aufstieg der «Partei der Nichtwähler» im Auge haben und als Alarmsignal sehen, auf das die CDU zu reagieren hat.“ Generalsekretär Frank Henkel abschließend: „Es ist erschreckend, dass die Sozialdemokraten es nicht verhindern konnten oder wollten, dass PDS-Geschichtsklitterung mit Frau Nehring-Venus wieder einen Namen im Senat hat. Das ist kein gutes Signal für all die, die gegen politischen Totalitarismus und für eine freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten.“



Der Auftrag der Demokratie ist in Berlin stets präsent.

Berliner ist Chef der Bundes-Schüler-Union

Die Berliner Schüler Union stellt nun erstmalig den Bundesvorsitzenden und Bundesgeschäftsführer der Schüler Union Deutschlands. Lukas Krieger (19), zugleich aktueller Berliner Landesvorsitzende, wurde zum Chef Deutschlands größter Schülervereinigung gewählt. Er gewann in einer Kampfkandidatur gegen seinen Kontrahenten aus Schleswig-Holstein. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden Artjom Pusch (Sachsen-An-

halt) und Marco Zacharias (Niedersachsen) gewählt. Beisitzer sind zukünftig Younes Ouagassa (Baden-Württemberg) und die Hamburgerin Tessa Hofmann. Bei der ersten Sitzung des Bundesvorstandes wurde der Landesgeschäftsführer der Jungen Union Berlin, Christoph Brzezinski, zum Bundesgeschäftsführer gewählt. Die Schüler Union versteht sich als Anwalt aller Schülerinnen und Schüler Deutschlands. Zur aktuellen Diskussion um

Verbote von Computerspielen sagt der neue Bundesvorsitzende Lukas Krieger: „Aus unserer Sicht muss den Schülerinnen und Schülern in der Schule eine umfassende Medienkompetenz an die Hand gegeben werden, die sie dazu befähigt verantwortungsbewusst mit den neu-



Lukas Krieger



Christoph Brzezinski

en Medien m z u g e h e n.“ Insgesamt sei die Situation an den Schulen in Deutschland in Bezug auf Gewaltprävention und die Erhaltung eines klaren Wertegerüsts nicht zufriedenstellend. Krieger: „Die Politik ist hier zum Handeln aufgefordert. Keiner darf aufgegeben oder alleine gelassen

werden, das ist das, was wir einigen Lehrern und Institutionen vorwerfen. Die Politik und Gesellschaft sollte nicht aus blindem Aktionismus Computerspiele verbieten, sondern nach Lösungen suchen, die jedem Jugendlichen Perspektiven und ein klares Wertegerüst eröffnen.“

Unterstützung der Berliner AIDS-Hilfe

Die Lesben- und Schwulen in der Union verteilen am 1. Dezember, dem Weltaidstag, auf der Straße unter den Linden und der Friedrichstraße rote Schleifen, das internationale Symbol für HIV und Aids, und baten die Berlinerinnen und Berliner um eine Spende.

Der offizielle Arbeitskreis der Berliner CDU wurde unterstützt durch den Generalsekretär der Partei, Frank Henkel, und seinen Fraktionskollegen im Berliner Abgeordnetenhaus, Sascha Steuer (siehe Foto). Dabei konnten über 300 Euro für das Café Positiv, einem Projekt der Berliner Aidshilfe e. V., gesammelt werden. Allein in Berlin gibt es 7100 offiziell gemeldete HIV-Infektionen und jeden Tag infiziert sich ein Berliner

neu. Die Zahl der Neuinfektionen ist steigend. „Dieser Entwicklung kann nur entgegen gewirkt werden indem dieses

Thema wieder verstärkt zum Gegenstand der öffentlichen Wahrnehmung wird, und hierzu trägt jede einzelne rote

Schleife bei“, sagt Matthias Steuckardt, Geschäftsführer LSU Berlin. (Mehr Infos unter www.lsu-berlin.de)



Mit der angehefteten roten Schleife unterstützen CDU-Generalsekretär Frank Henkel, MdA und Sascha Steuer, MdA die Sammlung der LSU-Berlin am Weltaidstag.



IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte:
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Verlagsgesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 - 0 • Fax: 030 - 20 64 16 - 66

REDAKTIONS LEITUNG: Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze

BILDNACHWEIS
von oben links nach unten rechts:
S.1: alle Reitze; S.2: Lüders; Reitze; cdu
S.3: 2x Reitze; Lüders S.4: alle Reitze S.5: privat,
Lüders, 2x Reitze, volksb.-tempelhof
S.6: 4x Reitze, 2x privat S.7: Reitze; privat; S.8: Reitze

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Freiheit, den Advent verantwortlich zu nutzen



Dr. Friedbert Pflüger

Dr. Friedbert Pflüger ist Fraktionsvorsitzender der Berliner Christdemokraten im Abgeordnetenhaus sowie Präsidiumsmitglied im CDU-Bundesvorstand. Die Berliner CDU-Fraktion hat dem neuen Ladenschlussgesetz, nach dem auch an Adventssonntagen Geschäfte geöffnet haben können, nach kontroverser interner Diskussion zugestimmt. In folgendem Artikel erläutert Friedbert Pflüger die Gründe für die Zustimmung:

Der Ladenschluss ist in Berlin weitestgehend gefallen. Bischof Huber beklagt auf der Landessynode der EKD, dass das neue Ladenschlussgesetz die Adventssonntage nicht mehr schützt. Das ist nachvollziehbar. Ist es nicht tatsächlich traurig, dass der Advent immer mehr seine Bedeutung verliert? Ist es nicht schade, dass Innehalten, Gespräch in der Familie, Singen von Weihnachtsliedern und Kirchengang zurückgedrängt werden und dass der Advent sich heute zu oft auf Kommerz und die Jagd nach Geschenken beschränkt?

Andererseits: Glaubt jemand wirklich, dass solche gesellschaftlichen Entwicklungen durch ein Laden-

schlussgesetz rückgängig gemacht werden können? Alle beklagenswerten Entwicklungen hin zu einer Ökonomisierung der Weihnacht gibt es bereits seit vielen Jahren. Offenbar sind sie durch den bisherigen Schutz der Adventssonntage nicht verhindert worden.

brachte Ladenschlussgesetz doch nur, was vorher bereits an gesellschaftlichem Wandel stattgefunden hat.

Aber muss die Politik dem Wertewandel nicht durch Rechtsetzung entgegenreten, anstatt dem Zeitgeist nachzugeben? Im Prinzip ja.

Tat mehr als die wertneutrale Vollzugsinstanz eines sich ständig wandelnden sittlichen Bewusstseins in der Gesellschaft. Der Verfassungs- und Rechtsordnung in Deutschland liegt natürlich ein seit Jahrhunderten gewachsener Wertekonsens zugrunde, der

eine Illusion zu glauben, die Politik, zumal eine Landesregierung, könne mit einem Ladenschlussgesetz eine normative Kraft entfalten, die auch nur annähernd in der Lage wäre, den Wertewandel der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen.

Das neue vorliegende Gesetz bedeutet eine Öffnung, die vielen Menschen in Berlin die Chance auf einen Arbeitsplatz gibt. Das Weihnachtsgeschäft in der Stadt wird angekurbelt. Einzelhandel, Hotel- und Gaststättengewerbe, Taxifahrer, viele andere – sie werden davon profitieren. In Irland, in Polen und in den USA, also in Ländern, in denen das Christentum eine große Bedeutung hat, ist der Ladenschluss noch weiter liberalisiert als bei uns. Wir haben mit der jetzigen Regelung immerhin den Sonntagvormittag im Advent und generell den Sonntag geschützt. Auch generell bleibt der Sonntag geschützt.

Ich wünsche mir in der Adventszeit Besinnung, Zuvendigung zu Mitmenschen und ein Durchdringen der Weihnachtsbotschaft. Aber das alles muss aus der Gesellschaft wachsen. Das können wir nicht per Gesetz verordnen. Die meisten Berliner sind jetzt frei zu entscheiden, wie sie ihre Adventssonntage verbringen wollen. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit dieser Freiheit verantwortlich umgehen werden.



Im Advent sind die Shopping-Center besonders geschmückt. Doch wie passen Einkaufen und Adventssonntag zusammen?

Wir haben vor zwei Wochen gesehen, wie der verkaufsoffene Sonntag Hunderttausende von Berlinern und Touristen angezogen hat. Der Umgang der Menschen mit Sonntagen unterliegt einem gesellschaftlichen Wandel. In Wahrheit vollzieht das vom Senat einge-

Aber die entscheidende Aufgabe der Politik im freiheitlichen Verfassungsstaat ist der Schutz von Grundrechten des Einzelnen, nicht das Dekretieren von Grundwerten. Zwar ist richtig, dass die Grundrechte ihrerseits auf Werten beruhen. Der Staat ist in der

nicht zuletzt durch das Christentum geprägt worden ist. Auf der anderen Seite jedoch ist der Staat bei wertebezogenen Entscheidungen auf genau diesen Grundkonsens in der Gesellschaft angewiesen. Man kann Wertebewusstsein nicht erzwingen. Es wäre

Kai Wegner übernimmt Ausbildungspatenschaft

Auch in diesem Jahr fehlen in Berlin wieder Ausbildungsplätze.

Doch im Gegensatz zum rot-roten Berliner Senat, der eine Ausbildungsplatzabgabe fordert und selbst kaum noch ausbildet, wirbt der Spandauer Bundestagsabgeordnete Kai Wegner in seinem Wahlkreis für mehr Ausbildungsplätze: „Junge Menschen brauchen eine Perspektive – sie brauchen Ausbildung“, davon ist Wegner überzeugt.

Aber auch Jugendliche, die bereits in einer Ausbildung sind, haben Probleme.

me. So werden bis zu einem Drittel aller Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst.

Um diesem Problem vorzubeugen, hat der CDU-Wirtschaftspolitiker eine

Ausbildungspatenschaft für die Auszubildenden der Berliner Hafen- und Lagerhaus-

gesellschaft mbH (BEHALA) übernommen. Nach Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Betriebsrates, Peter Bartholomä und der Jugendvertreterin, Claudia Fröse, wurde ein Ausbildungspatenschaftsvertrag unterzeichnet.

Zukünftig steht Wegner den Auszubildenden mit Rat und Tat zur Seite, um sie bei kleinen und großen Problemen in ihrer Ausbildungszeit zu unterstützen. Ferner möchte der Bundestagsabgeordnete den Auszubildenden auch gesellschaftspolitische Inhalte näher bringen.



Betriebsratsvorsitzender Bartholomä und Jugendvertreterin Fröse präsentieren mit Kai Wegner den Patenschaftsvertrag (v.l.n.r.).